

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Seite (1/2 Breite) mit Zeilenschrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammerichmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Deutsche Reichsversammlung. (193. Sitzung.)
Deutschland. Frankfurt (Die Reichsministerkrise. Oesterreichisches Rescript. Parteigetriebe bei der zweiten Lesung der Verfassung.) Aus Oesterreich (Nachrichten aus Ungarn, Galizien und den südlasischen Ländern). Wien (Der regierende Kaiser). Labach (Wahl nach Frankfurt). Bogen (700) Schützen mobil). Leipzig (Der König). Freiberg (Wahl nach Frankfurt). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Karlsruhe (Der Fürst von Fürstberg). Freiburg (Der Proceß gegen Struve und Blind). Kassel (Der Bescheid des Kurfürsten auf die ständische Adresse, die Hofdotation betreffend). Braunschweig (v. d. Tann und Adolfer). Neu-Strelitz (Putschversuch).
Italien. Mailand (Maderst's Warnung. Wimpfen's Bekanntmachung). Parma (Blutiger Conflict und schnelle Beschwichigung).
Frankreich. Paris (Nationalversammlung: die Berathung des Clubgesetzes).
Nachschrift.
Börsenberichte.

Deutsche Reichsversammlung.

193. Sitzung.

(Abend-Sitzung.)

Vorsitzender: Präsident C. Simson.

H Frankfurt, 23. März.

Fortsetzung der zweiten Lesung der deutschen Reichsverfassung nach dem durch die Annahme des Eisenstuck'schen Antrags beschlossenen Verfahren.

Die Sitzung wird um 4 Uhr eröffnet. Beim Beginn der Sitzung erkennt die Versammlung die beanstandete Wahl eines neuen Abgeordneten aus Tirol, Magegger, an. Der Vorsitzende verkündet hierauf, daß die drei welschtirolischen Abgg. eine zweite erläuternde Erklärung eingereicht haben, welche dahin geht, daß sie zwar den Thatbestand, wonach das italienische Tirol zu Deutschland gehört, anerkennen und sich demselben unterwerfen, aber dadurch nicht auf dasjenige verzichten, was sie als das heilige Recht ihres Landes betrachten. Der Vorsitzende ertheilt alsdann dem Abg. Neb wegen seines Antrages das Wort. Derselbe erklärt, daß sein Antrag, die drei Abgeordneten nach ihrer gegebenen Erklärung als nicht mehr stimmberähigt zu erklären, nur der Ausdruck eines augenblicklichen Gefühls gewesen sei, er schäme sich dieses Gefühls nicht, weil es der Ausdruck des Schmerzes über die Zukunft des Vaterlandes gewesen sei, und nehme seinen Antrag zurück. (Beifall.) Der Vorsitzende Simson erklärt hiernach, dieser Incidenzfall sei wohl nunmehr als erledigt zu betrachten, und seine eigene früher ausgesprochene Ansicht, als würde ein Beschluß der Nationalversammlung in Betreff der drei Abgeordneten aus Südtirol eine rückwirkende Kraft auf die Gültigkeit der Abstimmung über § 2 gehabt haben, nehme er als irrig zurück. (Beifall.) — Da der Antrag der Minorität dahin geht, für die §§ 2 und 3 einen einzigen von ihr vorgeschlagenen Paragraphen anzunehmen, so wird zuvor über § 3 in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung abgestimmt, welcher lautet: § 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältnis zwischen beiden Ländern nach den Grundgesetzen der reinen Personalunion zu ordnen. Der Antrag des Ausschusses wird mit 274 gegen 256 Stimmen abgelehnt, 2 enthalten sich der Abstimmung. — Der Minoritätsantrag wird hierauf zur Abstimmung gebracht und zwar zuerst das erste Alinea desselben: „Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte, eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben.“ Das erste Alinea wird mit 290 gegen 240 Stimmen angenommen. Die beiden folgenden Alineas werden durch Aufstehen und Sigensbleiben angenommen. Es lautet daher:

Artikel II.

§ 2 (früher 2 u. 3). Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine von dem nichtdeutschen Lande getrennte eigene Verfassung, Regierung und Verwaltung haben.

In die Regierung und Verwaltung des deutschen Landes dürfen nur deutsche Staatsbürger berufen werden. Die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung hat in einem solchen deutschen Lande dieselbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutschen Ländern.

Ueber die folgenden drei Paragraphen wird durch Aufstehen und Sigensbleiben abgestimmt. Sie werden in folgender Fassung angenommen:

§ 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so muß dieses entweder in demselben residiren,

oder es muß auf verfassungsmäßigem Wege daselbst eine Regentschaft niedersetzen. (Zellkampf und Genossen.)

§ 4. Abgesehen von den bereits bestehenden Verbindungen deutscher und nichtdeutscher Länder soll kein Staatsoberhaupt eines nichtdeutschen Landes zugleich zur Regierung eines deutschen Landes gelangen, noch darf ein in Deutschland regierender Fürst, ohne seine deutsche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

§ 5. Die einzelnen deutschen Staaten behalten ihre Selbstständigkeit, soweit dieselbe nicht durch die Reichsverfassung beschränkt ist; sie haben alle staatlichen Hoheiten und Rechte, so weit diese nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen sind.

Hiermit wäre die Abstimmung über den ersten Abschnitt der Verfassung erledigt. Der Verfassungsausschuß trägt darauf an, daß die Versammlung sogleich zur Abstimmung über Abschnitt II „die Reichsgewalt“ übergehe. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Bevor zur Abstimmung über Art. II § 7 geschritten wird, gelangt ein Minoritätsrathen von Wigard, Schüler und H. Simon zur namentlichen Abstimmung, welches die Minorität hinter dem § 6 des Entwurfes als 6 a eingeschaltet wissen will. Es lautet: „Das deutsche Volk ist souverän. Alle Reichsgewalt rührt vom Volke her.“ Es wird mit 297 gegen 213 Stimmen abgelehnt, und hierauf zur Abstimmung über Abschnitt II „die Reichsgewalt“ geschritten. Angenommen werden folgende Paragrafen:

Abschnitt II. Die Reichsgewalt.

Artikel I.

§ 6. Die Reichsgewalt ausschließlich übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands und der einzelnen Staaten aus. Die Reichsgewalt stellt die Reichsgesandten und die Consuln an. Sie führt den diplomatischen Verkehr, schließt die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, so wie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§ 7. Die einzelnen deutschen Regierungen haben nicht das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten. Auch dürfen dieselben keine besonderen Consuln halten. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Reichsoberhaupt ist den einzelnen Regierungen unbenommen.

§ 8. Die einzelnen deutschen Regierungen sind befugt, Verträge mit andern deutschen Regierungen abzuschließen.

Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutschen Regierungen beschränkt sich auf Gegenstände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei.

§ 9. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine deutsche Regierung mit einer andern deutschen oder nichtdeutschen abschließt, sind der Reichsgewalt zur Kenntnissnahme und, insofern das Reichsinteresse dabei theilhaftig ist, zur Bestätigung vorzulegen.

Schluß der Sitzung 7 Uhr Abends. Nächste Sitzung Samstag den 24. März.

Deutschland.

RC Frankfurt, 23. März. Ueber die Bildung des neuen Ministeriums verlautet bisher nur so viel, daß Hr. Römer, der mit der Zusammenfügung desselben betraut worden war, den ihm gewordenen Auftrag abgelehnt hat. Wenn es wahr ist, daß der Erzherzog-Reichsverweser geäußert hat, er werde weder ein österreichisches noch ein preussisches, sondern ein deutsches Ministerium bilden, so ist man um so mehr zu der Vermuthung berechtigt, daß ein deutscher gesinntes Ministerium als das Gager'sche nicht aufzufinden sein wird. — Bei Herrn v. Schmerling ist, dem Bernehmen nach, ein neues Rescript von Seiten des Osmüger Cabinets eingelaufen, das die österreichischen Abgeordneten ermahnt, im Interesse Oesterreichs fest zusammenzuhalten, in keinem Falle ihren Posten zu verlassen und überdies noch frischen Zuzug aus solchen Wahlbezirken zuzugestehen, die bisher noch nicht gewählt haben. Aber auch ohne diesen Zuzug ist es der Coalition so eben gelungen, den § 2 mit dem Uebergewicht einer einzigen Stimme abzuwerfen. Dieser Paragraph, der bei der ersten Lesung mit einer so großen Mehrheit als eine Frage an Oesterreich gestellt worden ist, die dasselbe durch seine octroyirte Verfassung klar und entschieden beantwortet hat,

diese Frage hat die Linke heute fallen lassen. Die Theile des deutschen Reiches sollen also auch in Zukunft mit nichtdeutschen Ländern verbunden sein können. Die Herren Wigard, Schüler und H. Simon hatten ein Minoritätsrathen gestellt, das den wesentlichen Inhalt des Hauptantrages in einer faßlicheren, gemeinverständlicheren Form wiedergibt, indem es aus dem Begriff der Personalunion die praktischen Folgen derselben ableitet; heute früh hat Herr H. Simon, der zur Zeit der Fassung dieses Minoritätsrathens nicht in Frankfurt anwesend gewesen war, aber den Wunsch ausgesprochen hatte, demselben beitreten zu wollen, seine Unterschrift zurückgezogen, und da nur zwei übrig blieben, das Zurückziehen des Antrags veranlaßt. Simon selbst ist bei der Abstimmung dem Hauptantrag beigetreten, hat aber der Partei, für die er sich in diesem Falle erklärt hat, die Position entzogen, auf die sie sich zurückziehen konnte, nachdem § 2 gefallen war, während er es seinem ehemaligen Genossen, dem Herrn Wigard, erleichterte, gegen § 2 zu stimmen, nachdem der von ihm selbst gestellte mit demselben § 2 durchweg übereinstimmende Antrag beseitigt war. Zu einem wichtigen Incidenzpunkt ist der Protest geworden, den die drei Abgeordneten von Welschtirol gegen § 1 eingegeben hatten, worin sie ausdrücklich jede Gemeinschaft mit dem deutschen Reiche in den stärksten Ausdrücken ablehnen. Da nach Abzug dieser Stimmen die Mehrheit sich auf die entgegengesetzte Seite neigte, so wurde die Frage erhoben, ob die Welschtiroler noch ferner berechtigt seien, ihre Stimmen in der Paulskirche abzugeben; die hierdurch entstandene grenzenlose Aufregung unterbrach die weitere Abstimmung, die erst in der Nachmittags-Sitzung wieder aufgenommen wurde. — Es erfüllt den Vaterlandsfreund mit der tiefsten Trauer, wenn er gestehen muß, daß es sich bei der zweiten Lesung der Verfassung nicht um Kampf und Austausch der Meinungen über dasjenige handelt, was dem Vaterlande frommt, sondern um die Taktik der Parteien, um die Kreuz- und Querzüge klug berechneter Operationen, bei denen der Zufall den Ausschlag gibt. Und beobachtet man überdies, wie die numerische Stärke der Parteien sich so ziemlich gleich ist und eben hierdurch die Hartnäckigkeit und Langwierigkeit des Kampfes wächst — wird man da nicht an jenen unseligen Krieg erinnert, der Deutschland nur deshalb dreißig Jahre zerfleischt hat, weil auch damals die Parteien sich die Wage hielten? Sollte auch diese Mahnung der Geschichte ungehört verhallen?

Frankfurt, 20. März. Prof. Rud. Böttcher hat, in Verbindung mit der Raumann'schen Buchdruckerei, ein Verfahren erfunden, Werthpapiere so herzustellen, daß dieselben auf keine bis jetzt irgend denkbare Weise nachzuahmen sind. Die in jüngster Zeit gefertigten Werthpapiere deutscher Staaten sind nicht in der Art hergestellt, lassen vielmehr der Nachahmung den weitesten Spielraum und geben somit dem Staate nicht die nöthige Garantie. Böttcher's Verfahren, welches auf einer neuen, eigenthümlichen chemischen Behandlung des Papiers und auf einer besonderen Anfertigung der Platten beruht, beseitigt sämtliche bisherige Nachtheile, deretwegen die Regierungen, welche Papiergeld anfertigen ließen, den größten Umständen ausgesetzt waren. Außerdem erhalten in solcher Weise hergerichtete Banknoten, Obligationen u. s. w. eine besondere Festigkeit und Unverwundlichkeit, sind (da sie nichts Fettiges oder Harziges enthalten) nicht leicht verbrennlich, widerstehen aller Feuchtigkeit, sind dem Bruche weniger unterworfen als gewöhnliches Papier und haben noch viele andere Vorzüge und gute Eigenschaften. Eine solche Erfindung dürfte in jetziger Zeit ein ganz besonderes Bedürfniß geworden sein.

Aus Oesterreich, 18. März. Sehr ernsthaft sind die Nachrichten, die aus den südslavischen Provinzen über die Aufnahme, welche die octroyirte Verfassung daselbst gefunden, einlaufen. Alle Berichte stimmen überein, daß die neue Verfassung in allen Theilen der südslavischen Provinzen in Croatien, Slavonien, wie in der neuen serbischen Wojwodschafft, die bitterste Stimmung rege gemacht hat; alle südslavischen Organe ohne Ausnahme widerhallen von Vorwürfen und Anklagen der Centralregierung. Dieses ist also der Dank, sagen sie, für die unsäglichen Opfer, die wir der Erhaltung und Wiederherstellung Oesterreichs gebracht, daß man uns mit einer Verfassung beschenkt, die uns, anstatt unsere Wünsche und die so oft uns gemachten Verheißungen zu erfüllen, noch das nimmt, was wir hatten? Nicht nur, daß die Militärgrenze noch wie vor ausschließlich zu militärischen Zwecken des Staates verwendet werden und ihre reine militärische Organisation behalten soll, nicht nur daß die Anerkennung der Selbstständigkeit der serbischen Wojwodschafft umgangen und mehr als je zweifelhaft wurde, beschneidet man noch Croatien und Slavonien ihre von jeher behauptete Provinzialautonomie. Anstatt einer föderativen Verfassung, in der wir allein unsere nationalen und provinzialen Interessen gegenüber dem Deutsch-

thum wie dem Magyarenthum gewahrt werden könnten, hat man über uns ein Centralisationsgesetz geworfen, das jede freie Entwicklung erschwert. Wenn wir durch unsere Opfer nichts Anderes erreicht haben wollen, als daß wir zum deutschen Centralministerium in Wien in denselben Verhältnisse stehen, als früher zum ungarischen Ministerium Pest, dann ist's schade um das Blut, das wir für unsere Befreiung aus der magyarischen Knechtschaft verspritzt. So lauten die Töne, die aus Südböhmen herüberhallen.

In **Breslau** ist folgende Proclamation erschienen: Unvergleichbare Thaten haben wir die unangenehme Ueberzeugung verschafft, daß die Landbewohner noch nie und da, besonders in den untern Gegenden der Schüt, eine kräftige Verbindung mit den Insurgenten in Gornen unterhalten, und namentlich sich nicht scheuen, versprengte Haufen dieser Rebellen und einzelne Individuen bei sich aufzunehmen, zu verbergen oder ihnen anderweitig Vorschub zu leisten. Ich sehe mich daher veranlaßt, den Herren ersten Vicepräsidenten des Preussischen Comitats zu beauftragen, daß in den Gemeinden dieses Comitats die Proclamationen Sr. Durchlaucht des Feldmarschalls Fürsten zu Windischgrätz vom 26. Dec. v. J. und vom 11. Febr. und 9. März d. J. republicirt werden. Hiernach sind die betreffenden Gemeinden für das strafbare Benehmen ihrer Mitglieder, welche den Insurgenten auf was immer für eine Art Vorschub leisten, und selbe bei sich aufnehmen oder verbergen, anstatt sie einzufangen und den Behörden auszuliefern, verantwortlich zu machen, und der Herr Vicepräsident hat ferner in meinem Namen zu veröffentlichen, daß von nun an jede Gemeinde, wo Insurgenten einzeln oder in Gruppen, und nicht eingekerkert werden, für jeden nicht abgelieferten Rebellen mit einer Geldstrafe von 100 fl. C.-M. belegt, und diese Strafe auch nach Umständen verschärft werden wird, wenn nämlich die Zahl der Rebellen geringer und die Einfangen leichter gewesen wäre. Breslau, am 14. März 1849. Kempen, K.-M.-L., Militärdistrictscommandant.

Anton Krampf, aus Groß-Beeskow in Angern, fahrig, Schneidergeselle, wurde wegen Verbreitung einer falschen ungenügsamer Nachricht vom Kriegsgeschworenengericht in Angern, von der Militäruntersuchungscommission zu einem neunmonatlichen Stockhausarrest in Eisen verurtheilt.

Auch in Pest wurden am 16. März abermals ein paar Urtheile der militärisch-politischen Untersuchungscommission veröffentlicht. Das erste betrifft einen ehemaligen kaiserlichen Offizier Namens Novak, der am 19. Februar d. J. den Versuch wagte, östreichisches Militär aufzukümmern und zum Treubruch zu verleiten. Er wurde als Hochverräther zu dem Tod durch den Strang verurtheilt, die Strafe jedoch gemildert und der Verurtheilte erschossen. Der Publicist Dornau, rectius Kruh, ein geborner Prager und vorigen Sommer Redacteur des in Esseg erscheinenden „Volksfreundes“ hat sein letztes Verhör überstanden und ward wegen eines Artikels, in welchem er das Volk zum bewaffneten Widerstand gegen die legitime Herrschaft aufzureizen suchte, zu fünf Jahre Kerker in Eisen verdammt.

Der Fürst Windischgrätz hat folgende Proclamation erlassen:

Es ist zu meiner Kenntniß gekommen, daß bei der zu Folge eines ungesetzlichen, durch Se. k. k. Majestät nie sanctionirten Beschlusses des aufgelösten ungarischen Reichstages, vorgenommenen Rekrutenstellung für die Rebellen, in diesen Gegenden von den wohlhabenden Landeuten Stellvertreter gedungen wurden, und die Jinsen der zugehörten Capitallasse von den durch die Kriegslasten ohnehin gedrückten Landeuten noch immer gezahlt werden. Landbewohner von Ungarn! den Beschluß dieses Reichstages, der eure besten Kräfte nur zur Durchführung seiner gottlosen Pläne beizugeben wollte, hat Euer gnädigster Herr und König nie gut geheissen. Er ist daher ungesetzlich, seine Folgen unglücklich. Ich erkläre hiermit alle zu Folge der ungesetzlichen Rekrutenstellung eingegangenen Verpflichtungen für null und nichtig, und entbinde Euch hiermit, tragt meiner ausgedehnten Wohlthat, der Zahlung der bei diesem Anlasse bedungenen Capitallsummen sowohl, wie deren Jinsen an die Stellvertreter. Hauptquartier Ofen, am 14. März 1849. Alfred Fürst zu Windischgrätz, k. k. Feldmarschall.

In **Krakau** wurde am 15. März die octroyirte Verfassung gefeiert. Hohe Militärs, sowie höhere Beamte wohnten dem Gottesdienste in der Marienkirche bei; das auf dem Ringplatze aufgestellte Militär gab dreimalige Salven und vom Schlosse erdröhnten 101 Kanonenschüsse. Auf den Abend wurde von der Rada miejska eine freiwillige Illumination anbefohlen, die im Ganzen sehr spärlich, an manchen Orten aber glänzender ausfiel.

Dem „Oesterreichischen Correspondenten“ zufolge erzählt man sich in Wien, daß der Kaiser Franz Joseph gegen Ende des Monats März das kaiserliche Schloß in Schönbrunn unter dem Namen eines Grafen v. Habsburg bezog, der Belagerungszustand von Wien aber bis zur Beendigung des ungarischen Kriegs fortbauern werde. Die Annahme des Namens Graf v. Habsburg sei deshalb notwendig, weil, wenn der „Kaiser“ nach Wien käme, der Belagerungszustand aufgehoben werden müsse. Schönbrunn werde außer dem Belagerungsraysen erklärt werden.

Saibach, 12. März. In dem Wahlbezirke Neustadt erschienen von den 81 geladenen Wahlmännern nur 34, welche sämmtlich gegen die Wahl eines Deputirten zur deutschen Nationalversammlung protestirten. Diese Wahl ist also gleich seiner in Krainburg mißlungen. Wahlmänner faßten einen schriftlichen Protest in fränkischer Sprache ab. (Lloyd.)

Bogen, 17. März. Aus Innsbruck erfahren wir, daß an das tiroler Landesvertheidigungscomite der Auftrag ergangen ist, 7000 Mann Schützen mobil zu machen. Es wird an Kämpfern nicht fehlen, wenn es die deutsche Sache gilt.

Leipzig, 22. März. Se. Majestät der König in Begleitung der Prinzen Johann und Albert, von welchen Ersterer Leipzig seit dem 12. August 1845 nicht wieder besucht hatte, ist heute mit dem Frühzuge aus Dresden hier eingetroffen. So oben (11 Uhr) marschirt die Communalgarde auf den Exercierplatz, wo der König über dieselbe sowie über die für Schleswig bestimmten Truppen Revue abhalten wird. Ein Theil der letztgenannten wird schon morgen nach Schleswig abmarschiren. Prinz Albert beabsichtigt an dem Feldzuge Theil zu nehmen.

Freiburg, 20. März. Die Wahlmänner des hiesigen Wahlbezirks haben heute den fleckbriefflich verfolgten Advocat Erbe aus Altenburg zum Mitgliede für die verfassunggebende Reichsversammlung in Frankfurt gewählt. Er erhielt von 29 Stimmen 20, von den übrigen Stimmen nannten 8 den Appellationsrath Cuno in Zwicau und einen den abgetretenen Minister Oberländer. Zum Stellvertreter Erbes ist der Adv. Schiffner aus Mitweida erwählt. (L. Z.)

Stuttgart, 21. März. Die Wirtschafts-Abgaben waren in der heutigen Sitzung der Kammer der Abg.

Gegenstand langer Berathung und vielseitiger Klagen. Jeder Landtag brachte neue Beschlüsse über diese Steuer, welche unter dem Namen Umlage schon über dreihundert Jahre in unserm Lande eingeführt ist. Eine Masse von Petitionen gegen das gegenwärtig geltende Wirtschaftsabgabengesetz vom 9. Juli 1827 liegt auch heute wieder vor; die Klagen sind gerichtet gegen die barische Ausführung des Gesetzes durch rücksichtslose Beamten, über willkürliche Hinaufschraubungen bei Accorden, über eine Reihe von Chikanen bei Ermittlung des Eigenthums im Keller, über die Härte und Willkür der Strafen, über die ungemene Belästigung und beinahe Unmöglichkeit, sich vor denselben zu schützen, über die Auflage, daß der Abgabepflichtige für jeden Zufall strafbar und haftbar ist, über außer allem Verhältnisse geringen Hausbrauch, über die allseitige Voraussetzung des Betruges, tiefe Kränkung des Ehr- und Rechtsgefühls, Beschränkung der jedem Staatsbürger zustehenden Eigenthumsrechte. Dagegen wollen die Verrenten eingeführt wissen in erster Linie eine allgemeine Einkommensteuer, und Seeger, Süßkind, Vogel, Pfäfflin vertheidigten in der Kammer diese Ansicht, womit sie am besten das Drückende, Einseitige und Gehässige der indirecten Abgaben und insbesondere der angeordneten Controle beseitigen zu können glaubten. Von anderer Seite wurde die Erhebung einer Weinsteuern unter der Kelter vorgeschlagen, wodurch das Umlage in eine Produktionssteuer verwandelt würde, während es bisher eine Consumtionssteuer war. Es liegt aber, wie auch der Berichterstatter Herrlinger ausführte, klar vor Augen, daß der Weinproducent auf sein, der Natur mit so unendlicher Mühe abgewonnenes Produkt eine weitere Steuer ohne seinen unvermeidlichen Ruin nicht mehr ertragen kann, und es ist damit nicht geholfen, daß man die Last, die bisher auf den Schultern des einen Standes hart gelegen, auf die eines andern überwälzt, welcher vorher schon hart genug beschwert ist. Auch würde in unserm Lande eine Weinsteuern Mangel an Concurrnz und Absag, Preisherabdrückung, gezwungene Selbstentleerung, und am Ende Selbstverzehrerung der Producenten zur Folge haben, zudem würde ein großer Ausfall in der wirklichen Staatseinnahme sich ergeben. Ein Hauptübel wäre aber die vielfache Veranlassung zur Demoralisirung einer großen Anzahl der Staatsbürger, welche bis jetzt den Ruf des unermüdeten Fleißes in Verbindung mit Redlichkeit und Treue haben, aber aus Noth, oder wegen möglicher Befreiung von schwerer Steuerlast sich leicht zu Defraudation hinreißen lassen könnten. Deshalb wurde weiter vorgeschlagen, ein Accordsystem in Vauß und Vogen, oder eine Umlage nach Art der Gewerbesteuer mit gerechter Berücksichtigung des Hausbrauchs, vorerst auf die Dauer der nächsten drei Etatsjahre, und mit der Grundlage der Aufhebung der Kellercntrole. Nachdem diese verschiedenen Systeme des langen durchgegangen worden, verwarf die Kammer das Süßkind-Seegerische Amendement, wornach die Einführung einer allgemeinen Vermögens- und Einkommenssteuer ins Auge gefaßt werden sollte, mit 54 gegen 22 Stimmen. Angenommen wurde dagegen mit 53 gegen 23 Stimmen der Antrag Schnitzers, über sämmtliche Petitionen und Anträge zur Tagesordnung überzugehen, dagegen die Regierung um ein zeitgemäheres und gerechteres Abgabensystem, namentlich in Beziehung auf die Wirtschaftsabgaben, zu bitten. Die Wünsche der Bierbrauer um Ermäßigung der Malzsteuer konnten nicht empfehlend bevorwortet werden, da man auch nicht einseitig unter den Zollvereinststaaten vorschreiten kann. Auf Priematers Antrag wurde aber mit 44 gegen 27 Stimmen beschloffen, einen angemessenen Hausverbrauch auch den Bierbrauern und Branntweinfabrikanten steuerfrei zu lassen. Die Wirtschaftsabgaben sind mit einem Kobertrag von 1,285,130 fl., und mit einem Reinertrag von 1,063,915 fl. in den Hauptfinanz-Etat für 1848-49 aufgenommen.

Karlsruhe, 22. März. Es ist ein Eendbote von Frankfurt hier erschienen, der sich in geheimnißvoller Weise in das Palais des Fürsten von Fürstberg verfügt und daselbst ein Schreiben abgegeben hat. Gleich darauf hat der Fürst mit einem Theile seiner Familie eine Bergnugsreise nach Frankfurt angetreten. In demselben Momente kam uns die Kunde von dem Rücktritt des Reichsministeriums Gagern zu, der in Folge der Verwerfung des Welcker'schen Antrags über die ungetrennte Annahme des Verfassungsentwurfes stattfand. Unsere Politiker wollen in diesem Zusammenhange einen tiefer liegenden Grund erblicken. Sie sagen, daß es unmöglich sei, das neue Reichsministerium aus der Nationalversammlung zu entnehmen, und daß der Fürst von Fürstberg daher berufen sein könne, als Nachfolger des Hrn. v. Gagern ein solches Ministerium außerhalb der Nationalversammlung zusammenzusetzen. Wir vermögen nicht zu beurtheilen, ob und welchen Grund diese Vermuthung haben könnte, glauben aber, daß die Aufgabe des Fürsten keine leichte sein würde. Dabei lassen wir den Eigenschaften desselben alle Gerechtigkeit widerfahren, allein die Leidenschaften sind dergestalt aufgeregelt und die Interessen so getheilt, daß eine ungemein kräftige Stimme dazu gehört, um das quos ego auszuruhen und den Sturm zum Schweigen zu bringen. — Auch müssen wir an die frühere politische Laufbahn des Fürsten erinnern, die nicht allerwärts das benötigte Vertrauen einflößen dürfte. Wie dem aber auch sei, so wünschen wir, daß das neue Reichsministerium den Erwartungen entsprechen möge, die man von ihm hegen muß, wenn die Freunde und Anhänger von Deutschlands Größe und Macht nicht dem allgemeinen Spotte und Hohne preisgegeben werden sollen.

Freiburg, 21. März. Um 9 Uhr strömt die Menge auf die Tribüne. Punkt 9¹/₂ Uhr erscheint der Gerichtshof, Alles erhebt sich. Die Angeklagten werden vorgeführt. Sie erscheinen, wie gestern, mit Schriftrollen in den Händen, unter Wachbegleitung. Die Anwesenheit der Geschwornen wird constatirt. Staatsanwalt Cimer erwiedert wegen der Winter'schen „Brutalität“: Er glaube es nicht; Winter habe bloß ein Verhör mit Frau v. Struve gehalten; er frage, welches denn der Vorfall gewesen. Struve berichtet, im Verhör habe Winter gegen seine Frau geäußert, man werde sie zum Geständniß zu zwingen wissen.

Nach einigen zwischen Struve, Brentano und dem Staatsanwalt gewechselten Worten wird der Gegenstand verlassen. (Getäuschte Erwartung im Publikum.) Der Präsident fragt Struve, was er auf die Anklage zu erwidern habe. Struve hebt an: Bei der Untersuchung habe er über diese Frage geschwiegen. Vor den Geschwornen werde er reden, ohne jedoch Andere bloßzustellen. Er beginnt mit der Freiheit der deutschen Hanse und Städte, wie durch die Fürsten nach und nach die Freiheit, der Wohlstand, und die Einheit Deutschlands zerstört worden sei. Er schildert die Zeiten des Vorparlaments, der Volksversammlungen, und liest aus der Abendzeitung einen Artikel vor, mit dem Bemerkten, es seien die Republikaner durch die Hartnäckigkeit der Regierungen von dem Wege friedlicher Abstimmung in den Kriegspfad geworfen worden. Das Volk habe aus Furcht vor der Regierung sich nicht an dem ersten Zuge betheiliget. Sein letzter Zug, den er, wie seinen ersten, schildert, sei kein Raubzug gewesen; er habe ihn vorher angezeigt. Unbewaffnete könnten Niemanden terrorisiren. Die Executionscolonnen seien überall nachgesucht und erbeten worden. Alle Excesse hätte er nicht verhindern können. Er habe keinen militärischen Rang oder Beruf gehabt. Er schließt mit einigen allgemeinen politischen Betrachtungen über Deutschland und seine sechs Geißeln: Monarchie, Aristokratie, Bureaucratie, Militär, Pfaffen und Geldsüde. Er freue sich seiner Thätigkeit; durch sie sei wenigstens eine republikanische Partei gebildet worden. Sein Vortrag ist ruhiger und weniger studirt als der gestrige. Beim Schlusse vernimmt man etwas beifälliges Flüstern. Er setzt sich anspruchslos und still auf seine Bank. Präsident: Ich bin mit diesem allgemeinen Geständniß zufrieden. Brentano erläutert, die Angeklagten würden den Geschwornen alles nur persönlich sie Betreffende getreu mittheilen. Struve bestätigt dies. Der Präsident fragt Blind, was er zu erwidern habe auf die Anklage. Blind erhebt sich, einen Bleistift in der Hand, und spricht in kurzen, sonoren Sätzen: Er sei Socialrepublikaner. Zu einer Revolution brauche man Krieger und Geld. Die Cassen des Staates habe man fassen müssen; falls der Streich geglückt hätte, wäre sonst der Großherzog mit dem Schweige des Volkes entflohen. (Unruhe im Publikum.) Der Präsident ermahnt den Angeklagten, unter Widerspruch seines Anwaltes, die Schlichlichkeit zu beobachten. Blind fährt fort: Die achtbarsten Männer hätten sie herbeigerufen. Die Republikaner hätten sich keine Gräueltat erlaubt, wohl aber die Soldaten in Stausen. Durch die Anerkennung der tapfern Vertheidigung der Republikaner in Stausen habe General Hoffmann selbst bewiesen, daß die republikanische Armee keine gezwungene gewesen sei. Jede Geburt, jede große Neuerung gehe mit Schmerzen vor sich. Das Kind komme weinend zur Welt. Die besiegten Republikaner nenne man Briganden; es werde eine Zeit kommen, wo man sie, mit Napoleon zu reden, Patrioten und Nation nenne. Er setzt sich mit einer kurzen Reverenz gegen die Geschwornen. Nun werden vom Gerichtschreiber die Zeugen abgelesen. Unter den abwesenden Zeugen entschuldigen sich einige schriftlich. Gegen das Ausbleiben des Zeugen Hofmeister Martin in Bruch erhebt sich der Staatsanwalt; ebenso Brentano; Der Gerichtshof tritt zur beifälligen Berathung in das Seitenzimmer. Das Publikum benutz die Pause zur Bequemlichkeit und Unterhaltung. Nach einigen Minuten kehrt der Gerichtshof in den Saal zurück; der Gerichtschreiber verliest den Beschluß: Martin habe zu erscheinen. Die schon beidigten Zeugen werden ausgeschieden und treten in ein geschlossenes Zimmer ab. Die noch nicht beidigten werden beidigt. Nun beginnt das Zeugenverhör einzeln. (R. Z.)

Kassel, 21. März. In der heute Nachmittag stattgehabten außerordentlichen Sitzung der Ständerversammlung setzte der Präsident die Versammlung davon in Kenntniß, daß die Deputation zur Ueberreichung der Adresse wegen Verminderung der Hofdotations von Sr. k. Hoheit heute angenommen worden sei, und die Adresse überreicht habe; dieselbe habe indeß bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt, „da Se. k. Hoh. sich höchstbire Entschließung vorbehalten hatten.“ Herr Lederer stellte darauf den Antrag, mit der Berathung des Budgets fortzufahren, nahm aber denselben auf die Bemerkung des Präsidenten, daß man doch erst die Entscheidung des Kurfürsten abwarten möge, wieder zurück. Hiermit wurde diese Angelegenheit verlassen.

Braunschweig, 21. März. Gestern Morgen ist hier der Prinz von Sachsen-Altenburg in Begleitung des Oberstlieutenants von der Tann und des Hauptmanns Aldosfer nach Schleswig-Holstein auf der Eisenbahn durchgefahren. Der Prinz wird das Commando des bayerischen Armeecorps übernehmen und Herr von der Tann als Chef des Generalstabes ein weites Feld für seine noch im frischen Andenken stehende ruhmvolle Thätigkeit finden. Aldosfer soll dem Brigadecommandeur General Schmalz als Adjutant beigegeben sein.

Neu-Strelitz, 18. März. Am heutigen Tage sollte, so sagt das Gerücht, von bewaffneten Volkshaufen der Versuch gemacht werden, dem Großherzog auf ungesetzlichem Wege Zugeständnisse abzubringen. Am Vormittage rückten 200 Mann preussische Cürassiere ein und zugleich erschien eine Proclamation, in welcher das längere Verweilen derselben „unter voranzuführender Genehmigung Sr. kaiserl. Hoheit des Reichsverwesers“ angefündigt wird.

Italien.

Mailand, 17. März. Heute hat Radegky einen Warnungsruf an die Bewohner Mailands erlassen: „Ich gehe, heißt es im Eingang, an der Spitze meines Heeres einen neuen treulosen Angriff zurückzuweisen und den Schauplatz des Krieges auf das feindliche Gebiet zu verlegen.“ Zum Schutze der friedlichen Einwohner lasse ich hier eine genügende Garnison, ein gut versehenes und besetztes Kastell. Der, dem die Wohlthat seiner Familie und die Erhaltung seiner Habe am Herzen liegt, vereinige seine Sorgen mit den meinigen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Ich hoffe, Mailand werde ruhig den Ausgange eines Kampfes abwarten, der nicht zweifelhaft sein kann.

Schon ist ein zweites Heer zum Streite bereit, um für die Rechte unsers Kaisers und Herrn und die Integrität der Monarchie zu kämpfen. Den Mailändern wird ferner zu Gemüthe geführt, was sie schon alles durch ihre Empörungen gelitten und verloren und der ernste Ruf wird an sie gerichtet, ihn nicht zu zwingen, Strenge gegen sie eintreten lassen zu müssen. Sein Heer sei stark genug, um jeden innern und äußern Feind niederzuwerfen. „Daher, ich wiederhole es Euch, heißt es am Schluß, horcht auf meine warrende Stimme, stürzet Euere Stadt nicht in ein unabweichliches Verderben durch Erneuerung toller Versuche, die nur dazu führen könnten, vielleicht auf immer Euere Wohlfahrt zu zerstören.“ — An die Bewohner des ganzen lombardisch-venetianischen Königreichs hat Radetzky ebenfalls einen Aufruf erlassen, worin er sie zur Ruhe und Ordnung ermahnt.

Auch der Generalgouverneur von Mailand, Feldmarschalllieutenant Wimpfen, richtet, indem er anzeigt, daß er ebenfalls abreisen werde, einige warnende Worte an die Mailänder. Zugleich machte er bekannt, daß Oberst v. Heingel das Obercommando der in Mailand zurückbleibenden Truppen übernehmen und seinen Sitz in Kastell aufschlagen werde; dort haben die zurückbleibenden Truppen ihre Quartiere. Oberst de Duodo, Commandant der Gendarmerie, ist Militärcommandant der Stadt. Dem Militärcommandanten der Stadt sind der Podesta und andere Civilpersonen beigeordnet; dieses Commando residirt im Hause Titta und hat die Municipalgarde unter sich, deren Organisation der Municipalität überlassen wird. — Am 15. hat der Marschall die eiserne Krone, den Mantel und Degen nach Monza zurückgeschickt. Zugleich verfügte er über alle Summen, die in öffentlichen Kassen sich vorfinden. Es heißt das Gros der Armee stehe bei Piacenza; ohne die fliegenden Kolonnen sollen es gegen 70,000 Mann sein. In Chiavenna seien bereits frische Truppen aus dem Tirol eingerückt.

Parma. Am 11. März hatten in dieser Stadt blutige Conflicte zwischen den Parmesaniern und Oesterreichern statt. Große Patrouillen durchzogen Vormittags 9 Uhr die Stadt; alle Soldaten erschienen bewaffnet auf den Straßen. Die Aufregung begann wegen eines Streites mit einer Dame: ein „Deutscher“ blieb an einem Bajonnettschiff todt, ein Bürger, der zufällig vorbeiging, fiel durch eine Büchsenkugel. Nun stieg im Augenblick alles auf die Dächer und machte Miene, ein Ziegelbombardement zu beginnen. Der österreichische General kam aber herbei und drohte alle Häuser in den Grund zu schießen, von denen ein einziger Stein herabgeworfen werde. Die Androhung eines solchen Bombardements scheint die Parmesaniern auf den Dächern abgekühlt zu haben; von weiteren Excessen verlanget wenigstens nichts. — Die Räumung Parma's und Reggio's durch die Oesterreicher wird durch Berichte aus Genua vom 17. im „Semaphore von Marseille“ bestätigt.

Frankreich.

Paris, 21. März. Am Schluß der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der erste Theil des ersten Artikels über das Clubgesetz, also lautend: „die Clubs sind verboten“ mit 378 gegen 359 Stimmen angenommen. Dieses Resultat veranlaßte die vereinigte Linke und die Bergpartei zu folgender Erklärung: „Der erste Artikel des Clubgesetzes ist eine Verletzung der Verfassung; wir haben dagegen durch unser Votum protestirt, und wir werden uns der Abstimmung enthalten, weil wir in Nichts an einem Gesetze Theil haben wollen, das ein schreiendes Attentat an dem natürlichen Recht und an der Verfassung ist.“ Wie sehr diese Erklärung dafür spricht, daß die Republikaner nicht Willens sind, den Ausdruck der Majorität anzuerkennen, bedarf nicht der Auseinandersetzung: sie ist indes an sich von außerordentlicher Wichtigkeit, indem aus ihr zahllose Conflicte sich ergeben müssen. Zu Anfang der heutigen Sitzung zeigte der Berichtserstatter über das Gesetz, Herr Cremieux, an, daß die Commission beschlossen habe, sich dem Votum, in welchem ihrer Ansicht nach eine Verletzung der Verfassung liege, nicht anzuschließen und darum an der Discussion weiter keinen Antheil zu nehmen. Die Herren Charancey und Laboullie, Mitglieder der Minorität der Commission, unterwarfen dieses allen parlamentarischen Gebräuchen zuwiderlaufende Manoeöver der gehörigen Beurtheilung. Der zweite Paragraph des ersten Artikels: „Als Club wird betrachtet, jede Organisation von Individuen mit öffentlichen periodischen Sitzungen oder zu unbestimmten Zeiträumen, mit Rednern, Mitgliedern, Associrten u. und deren gewöhnlicher Gegenstand die Berathung von Theorien oder Theesen ist, welche die Rechte des Nächsten und die öffentliche Sicherheit stören könnten,“ kam hierauf zur Abstimmung und wurde mit 402 gegen 20 Stimmen angenommen. Der Berg und die Linke hatten sich der Abstimmung enthalten. Es wurde nochmals zur Abstimmung und zwar diesmal durch Namensaufruf geschritten; auch diesmal weigerten sich die verbündeten Fractionen zu stimmen. Schon hieß es, daß die Linke entschlossen sei, in Masse auszutreten; allein sie ließ es bei einem einfachen Protest bewenden und theilte sich endlich bei der Abstimmung über den ganzen Paragraphen. Derselbe wurde mit 404 gegen 303 Stimmen angenommen, ein Beweis, daß die Coalition nicht die gehofften Früchte trug. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde in der Berathung des Clubgesetzes fortgefahren.

Paris, 20. März. Die französischen und englischen Gesandten in Turin haben vergebens alle diplomatischen Mittel erschöpft, um den Ausbruch des Krieges in Oberitalien zu verhindern. Durch die nunmehr beginnenden Feindseligkeiten zwischen Karl Albert und Oesterreich bekommen auch die Zustände in Mittelitalien eine ganz neue Physiognomie; die römische Republik wird, wie der hiesige Minister der auswärtigen Angelegenheiten sich ausgesprochen hat, beim ersten Siege, den die Italiener über die Oesterreicher erringen, von Seiten Frankreichs officiell anerkannt werden; von einer Intervention zu Gunsten des Papstes wird alsdann keine Rede mehr sein, um so weniger, als sich die Aufmerksamkeit Frankreichs und Englands nach einer ganz anderen

Richtung hin zu wenden und der Weltfrieden von einer ganz anderen Seite her bedroht zu sein scheint. In England sowohl wie hier, fängt man an, ernstliche Besorgnisse wegen der kriegerischen Haltung Rußlands zu hegen, welches der Pforte gegenüber seine alten Präntionen geltend macht. Von hier und London aus sollen gleichzeitig nach Petersburg und Konstantinopel energische Protestationen gegen die militärische Besetzung der Donaufürstenthümer durch russische Truppen abgegangen sein. Die Allianz Rußlands mit Oesterreich fängt überall großes Mißtrauen zu erregen an, und eine Niederlage der Oesterreicher in Italien wird gegenwärtig um so mehr unserer Regierung erwünscht sein, als ungeachtet aller Drohungen, die man noch vor wenigen Tagen Karl Albert auf diplomatischem Wege zukommen ließ, um ihn von seinen kriegerischen Absichten abzubringen, die hiesige Regierung in Uebereinstimmung mit der englischen entschlossen ist, in Italien zu interveniren, wenn das Kriegsglück den Oesterreichern günstig und Letztere zur Ueberschreitung der sardinischen Grenze veranlassen würde. Bei dem großen Enthusiasmus, den die Kündigung des Waffenstillstandes in der ganzen Bevölkerung von Oberitalien erregt hat, erwartet man jedoch mit Zuversicht eine Niederlage der Oesterreicher. Man fürchtet nur, daß ein erster Sieg der Italiener das österreichische Cabinet, welches sich auf Rußland stützt, noch immer nicht bestimmen wird, auf die Vorschläge der vermittelnden Mächte Frankreich und England einzugehen, daß vielmehr alsdann der Krieg, der bis jetzt nur zwischen Oesterreich und Italien geführt wird, sich weiterhin ausdehnen zwischen Rußland und dem Westen. Diese Befürchtungen, und keineswegs jene von einer Niederlage Karl Albert's, welche man am Turiner Hofe vorgeschützt hat, um denselben von seinen Schritten abzulenken, waren der eigentliche Grund, weshalb Frankreich und England so sehr darauf drangen, daß die Feindseligkeiten in Italien nicht wieder eröffnet werden sollten.

Nachricht.

Frankfurt, 23. März. Eine neue österreichische Erklärung, vom 17. März datirt, enthält in ihrem Eingange eine Erwiderung auf das von Herrn v. Schmerling eingereichte Gesuch um Enthebung von seinem hiesigen Posten. Mit Bedauern, heißt es in derselben, habe man in Wien von dem Gesuche Kenntniß genommen, könne aber die Motivirung der gewünschten Entlassung nicht als richtig anerkennen. Das Gesuch werde Sr. kais. Majestät vorgelegt, und die Entscheidung ohne Ausschub hierher bekannt gegeben werden; bis sie erfolgt sei, führe einverständnermaßen Hr. v. Schmerling den ihm durch das Vertrauen des Monarchen angewiesenen Posten fort. Was die Motivirung des Gesuches um Entlassung betrifft, so enthält hierüber die k. k. Erklärung folgendes: „Euer Wohlwohlgeborn gehen von der Voraussetzung aus, daß Oesterreichs deutsche Provinzen in Folge der dem Kaiserthum so eben gegebenen Verfassung sich an dem deutschen Bundesstaate nicht betheiligen können. Dieses ist aber eben, was ich in Abrede stelle. Freilich in einem Bundesstaate, der die innere freie Bewegung und die Selbstständigkeit der Einzelstaaten vernichtet, hätte Oesterreich unmöglich treten können. Ein solches Extrem ist aber meines Erachtens mit dem Begriffe des Bundesstaates nicht nothwendig verknüpft. Man konnte sich leicht einen solchen denken, mit einer mit ausgedehnten Attributen ausgerüsteten und stark organisirten Centralgewalt, mit einer ihr zur Seite stehenden Vertretung der Einzelstaaten und ihrer Stämme, mit einer solchen Organisation des Vereins endlich, welche dem Auslande gegenüber ein großes, starkes, einheitsliches Deutschland dargestellt und im Innern den verschiedenen deutschen Staaten und Stämmen eine vernünftige Gemeinamkeit der materiellen Interessen und der nationalen Rechtsinstitutionen gewährt haben würde. In einem solchen Bundesstaate einzutreten, wäre Oesterreich jeden Augenblick bereit. Der neueste Frankfurter „kühne Griff“ stellt freilich Alles aufs Neue in Frage. Wir können für heute bloß noch die weitere Entwicklung abwarten. Sie falle übrigens aus wie sie wolle, so wird sie Oesterreich auf seinem Posten finden. Wir erwarten übrigens von dem Patriotismus der dieses Gefühls empfänglichen österreichischen Deputirten, daß sie ihren Posten in Frankfurt nicht verlassen werden, so lange als ihnen dieses durch die äußeren Umstände nur immer möglich gemacht sein wird. Oesterreich denkt nicht daran — ich wiederhole es — sich von Deutschland in den Berathungen über dessen künftige Verfassung loszulassen, und es ist daher Pflicht jedes wohlbedenkenden Staatsbürgers, seinem Vaterlande, dort, wo diese Verfassung berathen wird, das Wort zu reden bis zuletzt. F. Schwarzenberg.“ (Frankf. Z.)

Frankfurt, 23. März. Dem Vernehmen nach ist Herr v. d. Pfordten, der abgetretene sächsische Minister, zum Erzherzog Reichsverweser berufen. Der Reichsverweser soll beabsichtigen, sein Ministerium vorzugsweise aus Bayern, Sachsen und Hannoveranern zu wählen. Herrn von der Pfordten erblickte man heute auf der diplomatischen Tribune.

Wien, 19. März. Einer so eben eingetroffenen Nachricht zufolge sollen unsere Truppen eine Schanze vor Romorn — die sogenannte „Palatinal-Allee“ genommen haben. — Baron Rübeck, welcher nun dem Fürsten Windischgrätz ad latus als außerordentlicher Commissär zur Ordnung der Civilangelegenheiten im Königreich Ungarn beigegeben worden ist, befindet sich bereits in Pest. (A. Z.)

Wien, 20. März. Heute wurden endlich die drei gestern zum Tode verurtheilten Mörder des Grafen Latour unter ungeheurem Zulaufe durch den Strang hingerichtet. Während der Hinrichtung war die Bastei dem Publikum geschlossen und die dort bereitgehaltenen Geschütze gegen die Stadt gerichtet. Es geschah indessen nicht das geringste; der Abscheu des Volkes gegen die That war und ist zu groß, um hier eine Demonstration am Plage zu finden. In dem veröffentlichten Todesurtheile wird der aufgelösten academischen Legion ein großer Theil der Schuld dieser gräßlichen That zugeschrieben.

Berlin, 21. März, 8 Uhr Abends. Wie wir so eben vernehmen, ist aus Frankfurt eine telegraphische Depesche des Inhalts angelangt: Der Antrag auf Tagesordnung wurde heute verworfen mit 272 gegen 267 Stimmen. Der Antrag des Verfassungsausschusses wurde verworfen mit 283 gegen 252 Stimmen. Die weitere Abstimmung ist auf morgen vertagt. Die Minister haben sich nach Ankunft dieser Depesche sofort zu Sr. Majestät dem Könige begeben. (D. Ref.)

Berlin, 22. März. In der nächsten Sitzung der ersten Kammer wird Graf Dyhrn den Minister der auswärtigen Angelegenheiten auffordern: Der Kammer die Circularnote vom 10. d. M. vorzulegen, und den Inhalt gegen die Kammer zu begründen, so wie zur Beruhigung des Vaterlandes, die Politik, welche das preussische Cabinet in der deutschen Frage gegenüber der österreichischen zu verfolgen gedenkt, der Kammer offen und klar vorzulegen. Begründet ist diese Anfrage dadurch, daß die erwähnte Note als eine unzeitige Bereitwilligkeit des diesseitigen Cabinets, die Vorschläge Oesterreichs auch als Grundlagen zu einer Verständigung mit der Frankfurter Nationalversammlung gelten zu lassen, erscheint, gegenüber den offenbar gegen Deutschland und Preußen feindseligen Erklärungen, und daß angenommen werden muß, ihr gegenwärtiges Erscheinen werde auf die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung nachtheilig einwirken. Bis jetzt hat diese Interpellation Unterstützung von schon 22 Mitgliedern erhalten, unter denen die Namen Wilde, Hesse, Kuh, Baumstark, Freiberger v. Bincke, Knoblauch u. bemerkt werden. (D. Ref.)

Schleswig, 20. März. Die Landesversammlung hat heute mit Beziehung auf das ihr mitgetheilte Schreiben des Präsidenten des Reichsministers als die gemeinsame Regierung vom 14. d. M. beschlossen: 1) dem außerordentlichen Reichscommissär, Herrn Schöff Dr. Souchay, die Erklärung zu ertheilen, daß die Landesversammlung ihre Zustimmung dazu gebe, daß die Reichsgewalt für den Fall des Zurücktretens der gemeinsamen Regierung eine Statthalterschaft, bestehend aus den Herren Wilhelm Hartwig Beseler und Graf Reventlow aus Preetz und einem von Beiden zu wählenden Dritten, unter der Voraussetzung, daß die Landesversammlung auch über diesen einverstanden sei, einsetze, welche die Regierung der Herzogthümer für Namen der Reichsgewalt führe; 2) der gemeinsamen Regierung von diesem Beschlusse Nachricht zu geben.

Herr Samwer ist von Schleswig zurückgekehrt und wird sich heute Nachmittag über Ostende nach London zurückgeben.

Aus Lübeck wird vom 20. geschrieben: Drei dänische Kriegsschiffe, zwei große Dreimaster und eine Brigg, wurden heute Morgen um 11 Uhr von Travenmünde aus im See erblickt und liefen in die Bucht des benachbarten holsteinischen Städtchens Neustadt ein.

Mailand, 17. März. Heute ist die Stadt bewegt und lebendig. Seit dem frühesten Morgen dröhnt die Militärmusik durch die Straßen, und Artillerie und Wagen rasselnd über das Pflaster. Sie ist etwa 60,000 Mann stark. Die Telegraflinie von Sesto Calende bis Pavia ist besetzt; doch wird sich die Hauptarmee gegen den Po-Lodi-Cremona wenden. So viel man vernimmt stehen 24,000 Piemontesen bei Piacenza, und dort wird es auch am ersten zu etwas Bedeutendem kommen.

Florenz, 16. März. Ein Proclam, gez. Mazzoni, Montanelli, Guerrazzi, spricht von der Flucht des Herzogs von Modena. Nach einer Correspondenz der Alba d. d. Modena, 14. März, wäre die Flucht an diesem Abend erfolgt. Noch an demselben Tag hatte der Herzog eine Bekanntmachung erlassen, worin er den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Sardinien und Oesterreich anzeigt, und Bürger und Soldaten zur Ordnung ermahnt. Da aber die österr. Truppen aus Parma ganz abgezogen waren, und in Modena nur ein einziges Bataillon zurückblieb, schien sich der Herzog nicht mehr sicher bei seinem Volk zu fühlen und verließ die Stadt. Eine Nachricht aus Bologna vom 15. März sagt: „Der Herzog hat die Hauptstadt, aber nicht das Herzogthum verlassen, man glaubt, er habe sich nach Fresco zurückgezogen.“ Von Parma heißt es: „Die Freude und Zufriedenheit läßt sich nicht schildern. Das Kaffeehaus der Schweizer mußte aus Vorsicht geschlossen werden.“

Börsenberichte.

Frankfurt, 23. März. Die heutige Börse ohne Leben, ebenig die Course ohne Veränderung und beinahe ganz wie gestern. 5pEt. Met. bleiben 73 1/2 pEt., 2 1/2 pEt. do. 38 1/2 pEt., Wierbankactien 1168 fl., 500 fl. Loose 124 1/2 pEt., 250 fl. Loose 77 1/2 pEt., Ruch. 40 Rthlr. Loose 26 1/2 Rthlr., Bad. 35 fl. Loose 27 1/2 fl., do 50 fl. Loose 47 1/2 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 fl., do 50 fl. Loose 69 fl., Nassauer 25 fl. Loose 20 1/2 fl., Sardinische Loose 27 fr., Poln. 500 fl. Loose 74 Rthlr. Süddeutsche Obligationen gut preishaltend. Von belgischen Obligationen 2 1/2 pEt. belgische 42, do. 4 1/2 pEt. 81 1/2, do. 5pEt. 88. Holländische 2 1/2 pEt. Integralen 47 1/2 pEt. Von Eisenbahnen bleibt Fried.-Wilh. Nordbahn 33 3/4, Rthlr., Berach 71 pEt., Köln-Minden 75 pEt., Tannus 284 fl. 3pEt. inländ. Span. schließen 22 1/2 pEt. In Wechseln fand der Hauptumsatz in Amsterdam zu 100 1/2 statt, in allen übrigen Devisen zu den gestrigen Preisen nur sehr wenig gethan.

Berlin, 22. März. Staatsschuldscheine 80 bez., Ende Br., Seehandlungs-Prämiencheine 99 1/2 G., Banktheile 87 1/2 u. 1/4 bez., u. Geld, Berlin-Hamburg 51 1/2 bez., Köln-Minden 75 bez. u. G., Thüringische 48 1/2, ctw. bez. u. Br., Fried.-Wilh.-Nordbahn 34 1/4 u. 34 bez. u. Br., Russische 4pEt. bei Stieglitz 35 1/4 bez., Poln. 500 fl. Loose 73 1/2 bez., do. 300 fl. Loose 97 bez., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 15 1/4 G.

Die Course der Fonds sowie die der Eisenbahnactien blieben fest, und einige wurden besser bezahlt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Malten.

[789] Heute dahier an dem einflussigen Orte unserer Bestimmung angekommen, mache ich mir es zur angenehmen Pflicht, den achtbaren Bewohnern Frankfurts für die freundliche Aufnahme des Regiments und die Bewahrung der gleichen Gefinnungen gegen dasselbe während eines beinahe sechsmonatlichen Aufenthalts nochmals aus der Ferne öffentlich unsern wiederholten besten Dank hiermit auszusprechen.
Kassel, den 19. März 1849.

Freiherr Fr. v. Bardeleben,
Oberstleutnant und Commandeur des Kurhessischen
1. (Reib-) Husaren-Regiments.

[800] Das Königl. Bayerische 2. Jäger-Bataillon, seit 6 Monaten in Frankfurt und Umgegend cantonnierend, verlässt heute dieses Cantonement, um einer anderweitigen Bestimmung nach Schleswig entgegen zu gehen.

Der Unterzeichnete hält es, als Organ des gesammten Corps, für eine angenehme Pflicht, den Behörden, wie den Einwohnern der Orte des Cantonements seinen innigsten und wärmsten Dank für die freundliche Aufnahme wie für die vorzügliche Pflege, welche uns überall geworden, hiermit um so mehr öffentlich auszusprechen, als er, wie die Einzelnen, wegen des schnellen Abmarsches verhindert sind, dies überall persönlich zu thun.
Frankfurt, den 22. März 1849.

Der Commandeur des k. Bayerischen 2. Jäger-Bataillons.
v. Neß, Oberstleutnant.

[780] Bekanntmachung.

Bei der hiesigen Fahrpost-Expedition befinden sich nachstehend bezeichnete Fahrpostgegenstände (Kebüßstücke), deren Adressaten nicht ermittelt werden konnten, oder welche wegen Verweigerung der Annahme Seitens der Adressaten als unbekannt hierher zurückgekommen sind.

- 1) Ein Brief an Herrn Schultheiß Bender in Laufenfeldten.
 - 2) Ein Paket an Frau Albert in Hanau.
 - 3) Ein Paket an Fräulein Anna Reuchert in Würzburg.
- Die Aufgeber beziehungsweise die Eigentümer dieser Fahrpostsendungen werden daher hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen von heute anfangend bei der Fahrpost-Expedition dahier über ihr Eigentumsrecht gehörig auszuweisen, und die betreffenden Gegenstände gegen Entrichtung des darauf bestehenden Vortos und Zurückgabe des Aufgabescheins in Empfang zu nehmen.
Frankfurt a. M., den 20. März 1849.

O b e r - P o s t - A m t.

[723] Badische Seerienlose,

die bei der Ziehung am 31. März jedenfalls mit Gewinn gezogen werden müssen, empfiehlt
Moriz J. Stiebel in Frankfurt a. M.



[267]

Höchst beachtenswerth für Rheumatisch - Leidende.

Das Hauptdepot für ganz Süddeutschland von den allerwärts durch ihre gute, ja oft wunderbare Wirksamkeit und Heilkraft berühmten von den renomirtesten Aerzten geprüft und anerkannten

Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismus - Ketten,

à Stück mit Gebrauchsanweisung 1 Thlr., stärkere 1 Thlr. 15 Sgr., befindet sich bei unterzeichnetem Handlungshaus. Diese Ketten sind ihrer vorzüglichen heilkräftigen Wirksamkeit wegen gegen acute und chronische Rheumatismen, Nist und Nervenleiden aller Art, als: Kopfschm., Gesicht- und Halsweh, Zahnschmerzen, Ohrenschmerzen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreissen, Krämpfe, Herzklappen, Schlaflosigkeit, Nase und andere Entzündungen, Harthörigkeit u. s. w. wissenschaftlich zu empfehlen. Als ein sehr vorzügliches Präservativ-Mittel werden diese Ketten auch von Müttern und Ammen während des Stillens (zwischen den Schultern) getragen, indem sie durch den fortwährenden unerschütterlichen galvano-elektrischen Reiz die Störung des Blutumlaufs verhindern, und sonach jeden Schreck u. wirkungslos machen. — Jede Kette ist in einem Kästchen wohlverpackt, welches auf der Vorderseite die Firma „J. E. Goldberger in Tarnowitz“ und auf der Rückseite das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, und sind nur derartig verpackte Exemplare als echt zu betrachten. Den 1. Februar 1849.

Die Knopf- und Kurzwaren-Handlung und General-Agentur von A. J. Stiebel in Frankfurt a. M., Schmurgasse 23.
NB. Briefe und Gelder unter meiner Adresse werden franco erbeten und kann auf Verlangen auch der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[763] Guts - Verpachtung.

Mittwoch den 25. April d. J., Vormittags 10 Uhr, wird in dem Geschäftslocal der unterzeichneten Stelle das fürstlich Isenburgische Hofgut - Reuhof genannt - öffentlich verpachtet, und zwar von Petri 1850 an. Dasselbe enthält:

- | | |
|--------------------------|------------------------------------|
| 1) 263 Morgen Ackerfeld, | Großherzoglich
Hessisches Maas. |
| 2) 148 " Wiesen, | |
| 3) 16 " Weidwälder | |
- 427 Morgen.

Sämmtliches Gelände liegt zusammenhängend rund um die mit einem sehr geräumigen Wohnhaus, großen massiven Scheuern so wie Stallungen und Brennhaus versehenen Hofgebäude, so daß man von diesem aus, mit Ausnahme eines Theils der Wiesen, das ganze Gut übersehen kann. Dasselbe ist 1/2 Stunde von Spremlingen und 3/4 Stunden von der von Frankfurt eben dahin führenden Chaussee entfernt, und mit beiden durch gute fahrbare Wege verbunden. Die Entfernung von Offenbach beträgt 2 Stunden. Da das erwähnte Wohnhaus weit mehr Raum, als erforderlich ist, so könnte der obere Stock desselben, der eine schöne Aussicht auf das Hoffeld und den anstößenden fürstlichen Wald, so wie auf das Taunusgebirg gewährt, auch füglich für eine Familie zu einem angenehmen Sommeraufenthalt noch besonders benutzt werden.
Besonders wird bemerkt, daß das Gut größtentheils schweren Lehmboden

und nirgends Sandboden hat, und nach Umständen eine Schäferrei daselbst gehalten werden kann.

Die näheren Bedingungen werden bei der Verpachtung bekannt gemacht.
Offenbach, den 16. März 1849.

Fürstlich Isenburgische Kellerei.

[727] Weinversteigerung.

Montag den 16. April nächstbin, des Morgens 10 1/2 Uhr anfangend, lassen die Gutsbesitzer Kollei, Brun und Klein in Büdesheim bei Bingen am Rhein, Präsident Kollei in Kaiserslautern, Hypothekensammler Brück und Advocat Lehne in Alzei, in genanntem Büdesheim, ihre nachverzeichneten in den besten Lagen der dasigen Gemarkung erzielten Weine, worunter namentlich mehrere Nummern Scharlachberger Aulse, öffentlich versteigern, nämlich:

6 Stück . . . 1845er,

40 " . . . 1846er,

40 " . . . 1847er,

50 " . . . 1848er,

20 Dhm rother 1846er.

Die Weine lagern zu Büdesheim in den Kellern der Versteigerer, woselbst Küfermeister Adam Krämer auch schon vor der Versteigerung an den Fässern die Proben zu verabreichen beauftragt ist.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

Düsseldorfer Gesellschaft.

Tägliche Fahrten im März 1849:

Von Mainz Morgens 5 Uhr nach Köln und Düsseldorf in Köln im Anschluss an den ersten Nachmittagszug nach Düsseldorf, Elberfeld u. Hamm.
„ Biebrich „ 5 1/4 „ „
„ Mainz Morgens 7 3/4 Uhr (Schnellboot) nach Köln und Düsseldorf „ Biebrich „ 8 1/4 „ „
unmittelbar n. Ankunft des ersten (7 Uhr) Zuges v. Frankfurt in Köln im Anschluss an die letzten Züge nach Aachen und nach Minden (Berlin, Leipzig, Dresden, Bremen und Hamburg)
Mont., Mittw., Donnerst. u. Samstag direct nach Arnheim (Amsterdam) u. Rotterdam
Ankunft in Arnheim andern Morgen und in Rotterdam andern Nachmittag.
Montag und Donnerstags direct in 3 Tagen bis London.
Von Mainz Morgens 6 Uhr täglich nach Mannheim (Offenburg und Kehl-Strasbourg).

NB. Da die Düsseldorfer Schnellboote in Biebrich bei Ankunft des 7 Uhr-Zuges von Frankfurt schon an der Landungsbrücke (dem Bahnhof gegenüber) zur Abfahrt bereit liegen, so wird gebeten, um jeden Zeitverlust in Biebrich zu vermeiden, sich in Frankfurt mit den Dampf-Schiff-Billets zu versehen

bei dem Agenten Herrn Georg Krebs, Zeil, der Post gegenüber, Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt, und auf dem Expeditions-Bureau im Taunus-Eisenbahnhof, welches täglich von Morgens 6 Uhr an geöffnet ist.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von Mainz oder Biebrich Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Concessionirte Auswanderungs-Anstalt.

[637] Nach New-York Abreise von Mannheim jeden Samstag, Morgens 5 Uhr
Die Preise sind auf's Billigste gestellt.
Mannheim, 7. März 1849.
L. W. Renner.

Constitutionelle Zeitung für Hessen!

[790] Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf das Darmstädter Journal,
Central-Organ für die deutschen Vereine am Mittel-Rheine.

Von den im September v. J. geschlossenen Bund der constitutionellen Vereine von Hessen und Nassau, mit dem Programm unbedingter Unterwerfung unter die National-Versammlung einerseits, andererseits dem der constitutionellen Monarchie sowohl für die Spitze des Reichs — in Vereinigung mit der preussischen Krone — als in den einzelnen Gliedern des Bundesstaates, ist das Darmstädter Journal als Central-Organ gewählt worden. Es erscheint somit ganz eigentlich als Organ der national-gesinnten, constitutionellen Partei in Hessen und seine Tendenz ist die oben bezeichnete.
Das Darmstädter Journal hat sich das Ziel gesetzt, insbesondere die freie Entfaltung des heffischen Staatslebens, wie sie auf dem Boden des 6. März begonnen hat, vor dem giftigen Hauch der republikanischen Bewegung zu bewahren. Es folgt darum der demokratischen Partei auf ihren verderblichen Wegen Schritt vor Schritt mit der unerbittlichsten Polemik. Theils durch die enge Verbindung mit den Vereinen, theils durch tägliches Erscheinen (zweimal in einem belletristischen Beiblatt) am Orte der Regierung und Volksvertretung ist das Darmstädter Journal mehr als ein anderes Blatt berufen, einen segensvollen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Hessen und Nassau auszuüben.
Der Preis ist bei der Expedition in Darmstadt (S. Jacoby, Schloßgasse) vierteljährig 1 fl. Im ganzen Gebiete der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Posten 1 fl. 15 fr. — Inseratgebühr die Petitzeile 3 fr.

Das Leinwand- und Tafelzeng-Lager

von Seebach & Böhme aus Leipzig

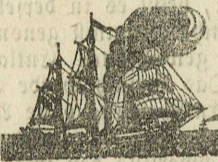
befindet sich neue Kräfte im ehemaligen du Fay'schen Hause im Locale des Herrn P. A. Walther.
[806]

[713] 115. Frankfurter Stadt-Lotterie.
Die Hauptziehung beginnt den 31. März. — Gewinne: fl. 211,000, 2 à 100,000, 50,000 u. Ganze Loos ca. fl. 90, 1/2 à fl. 45, 1/4 à fl. 22. 30 fr., 1/8 à fl. 11. 15 fr. empfiehlt
[713] Jacob Doctor, Hauptkollektor in Frankfurt a. M.

Wichtig für Auswanderer.

Special-Agentur

der einzigen



regelmäßigen 16 Postschiffe zwischen London und New-York.

London	6. April	Sir Robert Peel	6. Juni
Victoria	13. „	Prince Albert	13. „
Yorktown	21. „	Westminster	21. „
Hendrik Hudson	28. „	Mediator	28. „
Wellington	6. Mai	Devonshire	6. Juli
Margaret Evans	13. „	Gladiator	13. „
Switzerland	21. „	Independence	21. „
American Eagle	28. „	Nordhumberland	28. „

Die oben benannten 16 großen, schönen, schnellsegelnden, amerikanischen Postschiffe segeln regelmäßig am 6. 13. 21. und 28. eines jeden Monats von London nach New-York und ist die Expedition dafür an jedem Samstag Morgen von hier. Sie bieten den Auswanderern durch ihre billigen Preise, die Pünktlichkeit ihrer Abfahrten, durch ihre hohen und geräumigen Zwischenbänke und in Rücksicht der verbesserten Einrichtung des oberen Deckes zum Schutze gegen Wind und Wetter, Vorzüge dar, welche bei keinen andern Segelschiffen stattfinden.

Diese Linie besteht bereits seit 24 Jahren und hat in den 3 letzten Jahren, wo sie zuerst anging, deutsche Auswanderer aufzunehmen, über 15000 Personen befördert, welche in Hunderten von Briefen an ihre Verwandten ihre völlige Zufriedenheit über die Expedition ausgesprochen haben.

Wen Passagen und näherer Auskunft wende man sich in frankirten Briefen an mich oder an die von mir angeordneten Agenten.

Mainz, den 1. April 1849.

G. H. Paulsen,

Special-Agent der 16 regelmäßigen Postschiffe zwischen London und New-York.

Ferner die Agenten desselben:

- Herr Gustav Rosalino S Co. in Frankfurt am Main.
- „ J. B. Allmann Sohn in Bingen.
- „ Carl Vincenti in Obermoschel.
- „ Christoph Wagner in St. Goarshausen.
- „ Felix Langenbach in Worms.

[801]



Packet-Schiffahrt

von Gendorn & Comp. in Bremen

nach San Francisco (Californien).

Unserem am 15. März abgegangenen Packettschiffe „Talisman“, folgt im April die dahin in Ladung liegende

Reforme, Capitän W. Pattendorff.

Die mit unseren Schiffen Reisenden werden in San Francisco die nöthige Unterstüzung finden. Die Herren Bajacek & Frisius übernehmen den Verkauf und das Belcredere der ihnen zugehenden Waaren im besten Interesse der Eigenthümer. Die Retouren gehen direct an uns, und übernehmen wir dafür die üblichen Garantien.

Die Facturen sind daher nach San Francisco zu adressiren, uns aber so zeitig als möglich das ungefähre Gewicht oder den einzunehmenden Raum dafür in Cubikmaß anzumelden, um der Waare eine bestimmtere und schnellere Expedition sichern zu können.

NB. Nähere Auskunft ertheilen auf Franco-Anfragen

G. & F. Aull,

Spebiteurs und Commissionärs in Mainz.

[616]

Die Harmonica's-Fabrik

von Wagner & Comp. in Gera

empfiehlt zur Frankfurt a. M. Frühlingsmesse ihre bekannten solid gearbeiteten Fabrikate in allen Sorten Accordion und Accord-Harmonica's zu billigen Preisen, und macht außerdem auf ihr gut assortirtes Lager in Berliner Kurz-Waaren, namentlich Cigarren-Spizen, Papp-Salanterie, Leber, lackirte Blechartikel u. aufmerksam.

Verkaufslocal, Markt Nr. 46 (früher Vit. K Nr. 123, auf dem Römerberg neben dem Steinernen Hause.
[792]

[817] W. J. Kaiser, Saalgasse 26, empfiehlt sein Möbellager, welches auf das Beste assortirt ist.

Das Leinenbattist-Lager von Denoyelle freres aus Valenciennes befindet sich wie gewöhnlich auch diese Messe neue Kräfte Nr. 7 eine Stiege hoch in Frankfurt a. M.
[804]

[112] An- und Verkauf

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Lososen, so wie von standesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei

Napheal Erlanger, beedigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

(Nebst Konversationsblatt und Beilage.)